

**Unruhen in Indonesien – Krise des Regimes**

Am Samstag, dem 27. Juli 1996, ist es in Jakarta zu schweren und blutigen Auseinandersetzungen zwischen Demonstranten und Sicherheitskräften von Militär und Polizei gekommen. Beobachter bezeichnen die Unruhen als die schwersten seit den MALARI-Unruhen im Januar 1974. Anlaß der Zusammenstöße, bei denen unterschiedlichen Quellen zufolge zwischen zwei (Armeeversion) und 47 (ASIET-Version) Menschen umgekommen sein sollen, war die gewaltsame Erstürmung des PDI-Hauptquartiers im Zentrum Jakartas.

**Der Hintergrund**

Die blutigen Zusammenstöße sind der Höhepunkt einer sich seit Juni zuspitzenden Entwicklung. Megawati Sukarnoputri, Vorsitzende der Demokratischen Partei Indonesiens (PDI) und Tochter des von Suharto gestürzten ersten Präsidenten Indonesiens, Sukarno, wurde von ihren Anhängern als mögliche Herausforderin des gegenwärtigen Staatschefs für die kommenden Präsidentschaftswahlen im Jahr 1998 nominiert. Sie wurde damit zur Kristallisationsfigur einer wachsenden regimiekritischen Stimmung in der Bevölkerung, insbesondere unter Studenten, NROs und auch bei einem Teil des mittelständischer Unternehmer.

Megawati, die von dem Prestige und dem Namen ihres Vaters profitiert, aber längst nicht über dessen politisches und rhetorisches Charisma verfügt, übernahm diese Herausforderinnenrolle wohl nur ungern, gab aber dem Druck letztendlich nach. Die PDI, die Anfang der siebziger Jahre

aus einer Zwangsfusion nationalistischer und christlicher Parteien entstanden war, entwickelte sich zum Sammelbecken einer gemäßigten Opposition. Suharto und sein Regime meinten, ein Erfolg der PDI Megawatis bei der im kommenden Jahr stattfindenden Parlamentswahl, die den Präsidentschaftswahlen immer um ein Jahr vorausgeht, könnte die Wiederwahl Suhartos möglicherweise gefährden.

Voraussetzung für eine Kandidatur zum Präsidentenamt ist die Mitgliedschaft in der 1000 Mitglieder zählenden Volksversammlung MPR. Ziel Suhartos war es deshalb, die Wahl Megawatis ins neue Parlament zu verhindern. Diese Aufgabe übernahmen der für politische Parteien zuständige Innenminister Yogie Memed, der Generalstabschef Feisal Tanjung und der Leiter der Abteilung für sozial-politische Angelegenheiten Syarwan Hamid. Sie entschieden sich dafür, Megawati von der Parteispitze zu verdrängen, an die sie 1993 nicht ohne Zutun des Regimes selbst gekommen war. Mit Hilfe des Vorstandsmitglieds Fatimah Ahmad und des Vorgängers Megawatis im Parteivorsitz, dem jetzigen stellvertretenden Parlamentspräsidenten Soerjadi, inszenierte das Militär vom 20. bis 22. Juni in Medan, Nordsumatra, einen außerordentlichen Parteikongreß, auf dem Megawati abgewählt und besagter Soerjadi wieder zum Vorsitzenden gewählt wurde. Obwohl weder der formelle Vorstandsbeschuß zur Abhaltung des Parteitages noch die Neuwahl des Parteivorsitzenden gemäß der Parteista-

tuten zustande gekommen war, beeilte sich die Regierung, die durch ihren Innenminister vertreten war, die neue Parteiführung als legal anzuerkennen. In der PDI hingegen erhob sich in vielen Unterorganisationen starker Protest. In Jakarta kam es in den Tagen nach dem Parteitag zu Protestaktionen von Megawati-Anhängern, die z.T. gewaltsam von den Sicherheitskräften aufgelöst wurden. Der Parteivorstand unter Megawati bestritt die Legalität und Legitimität des neuinstallierten Vorstandes und dokumentierte seinen Anspruch auf die Parteiführung dadurch, daß er nach wie vor im Hauptbüro der Partei in der Jl. Diponegoro im Zentrum Jakartas residierte.

Das Büro wurde zum Schauplatz täglicher Kundgebungen, auf denen das freie Rederecht ausgeübt wurde. Tausende von PDI-Mitgliedern und Megawati-Anhängern versammelten sich dort. Megawati war durch das plumpe Vorgehen des Sicherheitsapparates nun erst Recht zur Symbolfigur der oppositionellen Gruppen geworden. Ein Bündnis von NROs, neugegründeten Parteien und Untergrundgewerkschaften schloß sich zum "Indonesischen Volksrat" zusammen (Majelis Rakyat Indonesia-MARI) zusammen, um Megawati zu unterstützen.

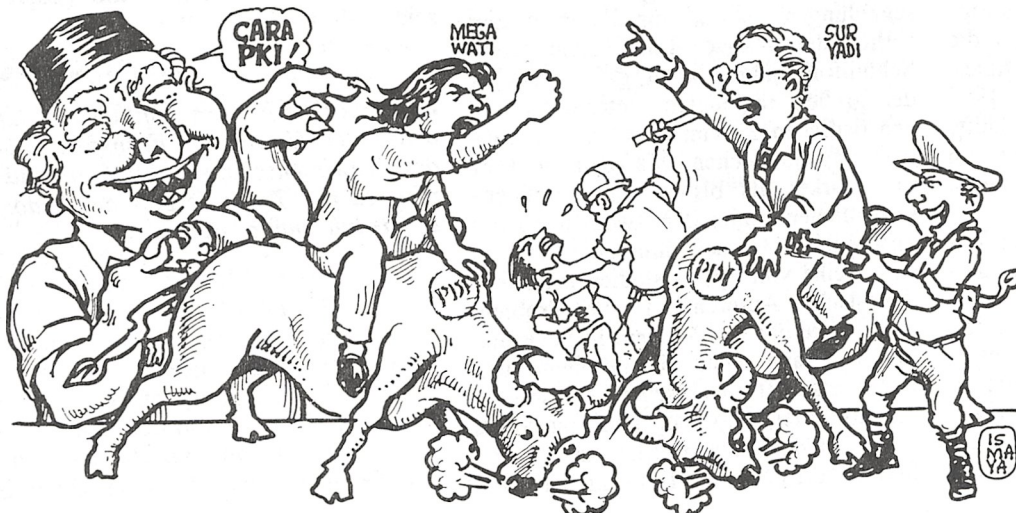
Anfang Juli versetzte die Nachricht über eine unangemeldete Reise Suhartos in eine Klinik in Bad Oeynhausen Politik und Wirtschaft in Aufregung. In Begleitung drei seiner Kinder und des Forschungsministers Habibie begab sich Suharto zu einer angeblich

geplanten Routine-Untersuchung, der aber auch ein Treffen mit dem malaysischen Premierminister Mahathir zum Opfer fiel. Daraufhin verfiel der Rupiah-Kurs gegenüber dem Dollar von 2338 auf 2326 Rp. Ebenso kam es zu einem Einbruch der Kurse an der Börse Jakartas. Anlagefirmen rieten ihren Kunden davon ab, Aktien der Firmen zu kaufen, die im Besitz von Suhartos Kindern und Günstlingen sind.

**Das Ereignis**

Die Sicherheitsbehörden sahen dem Treiben in der Jl. Diponegoro noch einige Zeit zu. Zögern ließe sie vor allem die anstehende ASEAN-Außenministerkonferenz, die vom 22.-25. Juli in Jakarta stattfand. Am 23. Juli erhielt Megawati einen Brief von den Behörden mit der Aufforderung die Versammlungen vor dem Parteibüro einzustellen, da sie ungesetzlich seien. Außerdem wurde Soerjadi öffentlich aufgefordert, seinen Amtssitz im Büro der PDI zu besetzen. Dieser Warnung folgte dann am Morgen des 27. Juli der Angriff auf das Gebäude, in dem sich etwa 300 Parteimitglieder als Nachtwache befanden. Die Behörden hatten wohl bewußt ein Wochenende für ihre Aktion gewählt, um Auswirkungen auf die Börse möglichst gering zu halten. Etwa 1000 Soldaten, z. T. als Unterstützer des Soerjadi-Vorstands verkleidet, begannen gegen 5.00 Uhr morgens gegen das Gebäude vorzurücken und es mit Steinen und Benzinbomben zu bewerfen.

Nachdem die Soldaten das Feuer auf die Parteizentrale eröffneten, verließen die Verteidiger zum größten Teil das Gelände, um sich in Sicherheit zu bringen. Gegen 8.00 Uhr morgens war das Büro im Sturmangriff erobert. Das Gebiet um die Jl. Diponegoro wurde weiträumig abgesperrt. U.a. wurden auch die Büros des Rechtshilfeeinstitts LBH und der islamischen NRO Nahdlatul Ulama, die beide dem MARI-Bündnis angehören, besetzt bzw. mit Panzern von der Außenwelt abgeschnitten. Die Nachricht über die Einnahme des Parteibüros verbreitete sich in Windeseile in der Stadt und im Zentrum Jakartas, in den Bereichen Menteng und Pasar Senen, sowie in den benachbarten Elendsgebieten an der Jl. Pra-





muka kam es zu spontanen Protestdemonstrationen und blutigen Zusammenstößen. Dabei wurden 22 Gebäude, Regierungsgebäude, Banken und Ausstellungshallen von Automobilgeschäften durch Brandstiftung und Plünderungen ganz oder teilweise zerstört. Auch Busse und Privatautos wurden in Brand gesteckt. Die Angaben über Opfer, Verletzte und Tote, sowie die Zahl der Verhafteten variieren stark. Der vorläufige Bericht der Nationalen Menschenrechtskommission, die trotz ihrer Einsetzung durch die Regierung in den vergan-

genen Jahren eine gewisse Unabhängigkeit und Reputation erlangt hat, spricht Ende August von 5 Toten und 149 Verletzten. Unter den Toten sei kein PDI-Aktivist. Darüberhinaus berichtet er über 74 Personen, die seit dem 27. Juli als vermißt gelten. Der stellvertretende Vorsitzende der Kommission, Marzuki Darusman, hält es nicht für ausgeschlossen, daß sich die Zahl der Opfer noch erhöhen könnte. Die Armeeführung hatte in ihrem Kommuniqué nur die Zahl von vier Toten und dreißig Verletzten genannt. Über Vermißte hatte sie

überhaupt keine Angaben gemacht.

### Die Folgen

Noch während die Demonstrationen stattfanden, kam es zu einer Verhaftungswelle in Jakarta und einigen anderen indonesischen Großstädten. Amnesty International zufolge sind am ersten Tag der Unruhen mindestens 180 Menschen verhaftet worden. Das Militär holte die alte Spezialwaffe der Aufstandsbekämpfung, das Gespenst der kommunistischen Gefahr, wieder hervor. Als Sündenbock wurde eine kleine Partei ausgemacht, die

sich im Juni unter dem Namen Demokratische Volkspartei (PRD - Partai Rakyat Demokratik) gegründet hatte. Sie geht auf eine seit 1994 bestehende Organisation zurück, in der sich Studentengruppen, eine gewerkschaftliche Gruppe, eine Bauernorganisation und eine Künstlergruppe organisiert hatten. Die PRD ist in den vergangenen Monaten besonders durch die Organisation von Streiks hervorgetreten. Da sie die Drahtzieher der Demonstrationen sein sollen, sind ihre Aktivisten zur Zeit die meistgesuchten Personen in Indonesien. Der PRD-Vorsit-

## Presseerklärung der Vorsitzenden der PDI (Partei Demokrasi Indonesia), Megawati Sukarnoputri, zu den Ereignissen am 27.7.1996

1. Wir wollen noch einmal erklären, daß die Entscheidung zur Durchführung des sogenannten "Parteikongresses" in Medan vom 20. bis 22. Juni 1996 auf einer Sitzung am 4.6.1996 von fünfzehn Mitgliedern des Zentralvorstandes gefaßt wurde, ohne daß elf weitere Vorstandsmitglieder zu dieser Sitzung eingeladen wurden. Unter diesen elf nicht eingeladenen Vorstandsmitgliedern befinden sich die Vorsitzenden und der Generalsekretär. Seit dieser Sitzung bis zum Ende des sogenannten Parteikongresses sind diese elf Vorstandsmitglieder niemals in irgendeiner Weise zu irgendwelchen Aktivitäten aufgefordert oder in sie mit einbezogen worden. Sie sind auch nicht zu dem sogenannten Kongreß eingeladen worden. Aus diesen Umständen folgt, daß dieses Vorgehen weder gültig noch legal und verfassungsgemäß ist und im Widerspruch zur Pancasila-Demokratie mit ihrem Grundsatz von Beratungen (musyawarah) zur Erreichung eines Konsens (mufakat).

2. Wie Sie alle wissen, wird dieser "Kongreß" mit allen seinen Entscheidungen von der Regierung als gültig, legal und verfassungsgemäß anerkannt. Das bedeutet, daß 550 Mitglieder der Volksversammlung (MPR)<sup>1</sup> eine Sondersitzung einberufen können, ohne die anderen 450 Mitglieder einzuladen. Unter ihnen wäre auch der Vorsitzende des MPR. Die getroffenen Entscheidungen würden von der Regierung als gültig, legal und verfassungskonform erklärt. Ein solches Vorgehen könnte einen juristischen Präzedenzfall für unser Leben als Staat und Nation bedeuten.

Nur wegen dieses Verstoßes gegen die Prinzipien der Verfassung und der Demokratie, die darauf beruhen, daß Indonesien ein Rechtsstaat ist, haben wir den Rechtsweg eingeschlagen, damit ein Gericht über die Rechtmäßigkeit dieses "Kongresses" in Medan entscheidet. Solange das Gericht seine Entscheidung über die Rechtmäßigkeit dieses "Kongresses" nicht getroffen hat, gilt juristisch gesehen der Status quo. Das bedeutet, daß der Parteivorstand unter Megawati Sukarnoputri der gültige, legale und verfassungsgemäße ist. Das ist das Prinzip des Rechtsstaats, den zu respektieren und zu beachten alle Staatsbürger verpflichtet sind.

3. Sie wissen bereits, daß das Büro des Parteivorstands der PDI in der Jl. Diponegoro 58 heute morgen von Unbekannten angegriffen und besetzt wurden, die von Individuen des Sicherheitsapparats unterstützt wurden.

Wir protestieren aufs Schärfste gegen die Art und Weise und gegen das Vorgehen selbst, das klar gegen geltendes Recht und gegen unser Staatswesen als einem Rechtsstaat verstößt. Die Handlungen sind ein Beispiel für den Mißbrauch von Macht, für den jemand die Verantwortung übernehmen muß.

Aufgrund der bisherigen Ereignisse vor Ort ist klar geworden, daß der Angriff von denen unternommen wurde, die sich selber als Unterstützer des "Kongresses" bezeichnen. Deshalb muß Herr Soerjadi die Verantwortung dafür übernehmen.

Es wird ganz deutlich, daß er nicht in der Lage ist, die Mitgliedschaft so zu führen, daß sie sich immer auf dem Wege des Rechts bewegt.

Weil wir der gewählte, legale und verfassungskonforme Vorstand sind, werden wir bis zu einer rechtskräftigen Entscheidung des Gerichts weiter die Geschäftsstelle des Vorstandes in der Jl. Diponegoro benutzen.

4. Als Volksvertreter, also als Mitglied von Parlament und Volksversammlung (DPR/MPR) werde ich auch weiter mein Büro im Parlamentsgebäude benutzen, so daß die Bevölkerung, die mich treffen will, um ihre Vorschläge und Klagen vorzubringen, sich mit mir im Abgeordnetenbüro in Verbindung setzen und treffen kann.

5. In Anbetracht der Tatsache, daß wir Volksvertreter haben, nämlich die Abgeordneten in Volksversammlung und Parlament, besitzt die Bevölkerung auch weiterhin das Recht und die Pflicht, die Verletzung der Grundsätze von Demokratie, Recht(sstaatlichkeit) und Volkssouveränität den Abgeordneten von MPR und DPR zu melden und darüber Klage zu führen.

Da sich die Schwierigkeiten um die PDI zu einem nationalen Problem ausgeweitet haben, rufe ich die Führung von MPR und DPR und alle ihre Mitglieder auf, sich staatsmännisch zu verhalten und zu handeln und die Interessen der Nation über die eigenen Interessen und die der jeweils eigenen Gruppe zu stellen.

6. Der Vorstand der PDI unter Megawati Sukarnoputri wurde seinerzeit vom Präsident als Vorstand für die Amtsperiode 1993 bis 1998 akzeptiert. Die Regierung hat im Hinblick auf den Vorstand der PDI zwei verschiedene Standpunkte eingenommen. Dadurch hat die Regierung zwei PDI geschaffen, nämlich die PDI auf der Grundlage von Volkssouveränität und Demokratie, also die PDI unter Megawati Sukarnoputri, und die PDI ohne klare Grundlagen.

7. Wir rufen alle Mitglieder der PDI in den Provinzen und in den Unterorganisationen auf, weiter die angemessenen und notwendigen Parteiativitäten durchzuführen.

Jakarta, 27.7.1999

gez. Megawati Sukarnoputri (Vorsitzende der PDI)

*Quelle: Kabar dari Pijar, Internetausgabe vom 29.7.1996, Übersetzung aus dem Indonesischen von Klaus H. Schreiner.*

### Anmerkung:

1) Majelis Perwakilan Rakyat, das höchste Gremium in der Verfassung mit 1000 Mitgliedern, tritt einmal in fünf Jahren zusammen, um den Rechenschaftsbericht des Präsidenten entgegenzunehmen und die Präsidentschaftswahl vorzunehmen. Dem steht das Parlament (Dewan Perwakilan Rakyat - DPR) gegenüber, das regelmäßig tagt und als Zustimmungsgremium der Regierung fungiert. (Anm. d.Ü.)



zende Budiman Sudjatmiko wurde verhaftet und der Subversion angeklagt, auf die die Todesstrafe angewendet werden kann. Darüberhinaus wurde in Yogyakarta der Jesuiten Pater Romo Sandyawan mehrmals verhört, weil er flüchtigen PRD-Aktivisten Unterschlupf gewährt haben soll. Ebenfalls wurde der Führer der unabhängigen Gewerkschaft SBSI, Mughtar Pakpahan, wieder verhaftet, der erst vor kurzem von der Anklage, die Arbeiterunruhen in Medan im Frühjahr 1995 angezettelt zu haben, freigesprochen wurde.

Neben der PRD sind auch die Mitgliedsorganisationen des MARI-Bündnisses Repressionen ausgesetzt. Der Vorsitzende der Unabhängigen Wahlbeobachtungskommission KIPP, Goenawan Mohamad wurde vor wenigen Tagen zum Verhör vorgeladen, weil er an der Gründungsversammlung der PRD teilgenommen hatte. Das Vorgehen des Militärapparates zeigt die ersten Erfolge. Durch die Beschwörung der kommunistischen Bedrohung und die Identifizierung der PRD als kommunistische Organisation ist es der Regierung gelungen, einen Keil in die oppositionelle Bewegung zu treiben. Sowohl Megawati als auch Abdurrahman Wahid, Vorsitzender der mit 30 Mio. Mitgliedern größten islamischen Organisation Nahdlatul Ulama (NU) haben sich bereits von der PRD distanziert und leugnen, Kontakte zu ihr unterhalten zu haben.

Die neue PDI-Führung unter dem Militär-Günstling Soerjadi hat sich in der Zwischenzeit konsolidiert. Sie hat bereits begonnen die Kandidatenlisten für die kommenden Parlamentswahlen zusammenzustellen, die bis Ende September beim Wahlleiter eingereicht werden müssen. Im Gegenzug versuchen die Anhänger Megawatis einen juristischen Großangriff. Die Unterorganisationen wurden aufgefordert, die neu eingesetzten Provinz- und Kreisvorstände vor Gericht zu bringen und die Legalität der alten Vorstände bestätigen zu lassen. Mehr als 3000 Rechtsanwälte haben sich der PDI für dieses Vorgehen zur Verfügung gestellt.

Zus.gestellt v. Klaus Schreiner nach: *The Australian* 2.9.1996, *Kabar dari Pijar* 27.7.1996, *Amnesty International ASA 21/46/96*, 28.7.1996, *FAZ* 9.8., 10.8.1996, *Forum Keadilan* Nr. 9 (12.8.96) u. 10 (26.8.96), eig. Quellen

## Neue Armeespitze in Jakarta ?

In der indonesischen Hauptstadt halten sich hartnäckig Gerüchte, daß Suharto als Oberkommandierender der Armee (Panglima Tinggi) als Konsequenz aus den Unruhen von Ende Juli ein umfassendes Revirement an der Spitze der indonesischen Armee (ABRI) plane. Betroffen seien davon die Positionen des Generalstabschef, des Stabschefs des Heeres, und des Kommandeurs der Strategischen Einsatzreserve KOSTRAD. Den Gerüchten zufolge soll Feisal Tanjung als Generalstabschef durch den jetzigen Stabschef des Heeres Raden Hartono abgelöst werden. Dessen Nachfolger soll Wiranto werden, der zur Zeit Kommandeur von KOSTRAD ist. In diese Position könnte dann der Suharto-Schwiegersohn Prabowo Subianto rücken, der erst vor kurzem als Kommandeur der Sondereinsatztruppe KOPASSUS zum Generalmajor befördert wurde und damit der jüngste Offizier mit diesem Rang ist.

Hintergrund dieser Gerüchte ist die Unzufriedenheit Suhar-

tos über die Art und Weise wie Feisal Tanjung und der Chef der Sozial-Politischen Abteilung der ABRI, Syarwan Hamid, den Fall der PDI gehandhabt haben. Die beiden hatten den Gegenkongreß der PDI in Medan Ende Juni organisieren lassen, auf dem Soerjadi zum PDI-Vorsitzenden gewählt wurde, und zeichnen auch für den Angriff auf das PDI-Hauptquartier verantwortlich, der die blutigen Unruhen auslöste. Raden Hartono hatte sich kritisch über das Vorgehen seines Vorgesetzten geäußert und schon im Vorfeld der Ereignisse eine diplomatische Lösung des Problems PDI favorisiert.

In der Zwischenzeit sind Generalleutnant Soeyono, Chef des Einsatzstabs und drei Regionalkommandeure, darunter der für die Hauptstadt Jakarta zuständige, ausgewechselt worden. Soeyono wird vorgeworfen, die Gewalttätigkeiten nicht vorausgesehen zu haben. Außerdem befand er sich zum Zeitpunkt des Angriffs auf das PDI-Haupt-

quartier im Krankenhaus, wo er wegen eines Motorradunfalls behandelt wurde.

Das Revirement hätte zwei Ziele: zum einen wäre die Hauptstadt Jakarta militärisch gesehen ganz unter der Kontrolle von Suharto treu ergebenen Kommandeuren, zumal auch der Regionalkommandierende für die Hauptstadt ausgewechselt wurde. Zum anderen könnte Feisal Tanjung ohne Gesichtsverlust auf den relativ unbedeutenden Posten des Verteidigungsministers abgeschoben werden, auf dem zur Zeit noch der schwer kranke Edi Sudrajat sitzt, dem ohnehin eine kritische Haltung zu Suharto nachgesagt wird. Mit Raden Hartono würde außerdem ein Mann Generalstabschef, der in letzter Zeit sehr häufig in der Begleitung der ältesten Tochter Suhartos, Siti Hardiyanti Rukmana gesehen wurde. Sie ist nach dem Tod ihrer Mutter zu einer der wichtigsten Personen im unmittelbaren Umkreis des Präsidenten geworden.

vgl. *Indonesia-L/Monas* 16.8.1996, *Forum Keadilan* No. 10, 26.8.96

## TIMOR: Indonesiens nationaler PKW – made in Südkorea

Am 29.8. haben die ersten 2084 PKWs der nationalen indonesischen Automobilindustrie im Hafen von Tanjung Priok indonesischen Boden berührt. Sie wurden aus dem unter maltesischer Flagge laufenden Frachter Opal Ray entladen, der sie direkt aus der Produktionsstätte Asan Bay in Südkorea nach Indonesien gebracht hatte. Der Timor ist eine Koproduktion zwischen dem südkoreanischen Konzern KIA und der HUMPUS, einem Mischkonzern des Suharto-Sohns Tommy. Das Joint-Venture (TPN Timor Putra Nasional, dt.: Timor – "Kind

der Nation") hatte eine über drei Jahre gestaffelte Steuerbefreiung erhalten, um in dieser Frist ein zu 100 % aus in Indonesien gefertigten Teilen konstruiertes Automobil zu bauen. Da die notwendigen Produktionsstätten sich jedoch in der Hand der Konkurrenten (u.a. Toyota und Suzuki) befinden, die sich nicht bereitfinden, Kapazitäten für TIMOR zur Verfügung zu stellen, sind die ersten PKW heimischer Produktion vollständig in Südkorea gefertigt worden. Der zuständige Industrieminister Tungky Ariwibowo zeigte sich uninformatiert darüber, wie-

viele Einzelteile aus indonesischer Produktion bereits in diesen Autos tatsächlich verwendet wurden. Nach der Gewährung enormer Steuervorteile versucht TPN nun auch die eigentlich fälligen Zölle zu umgehen. In Indonesien sind bei der Entladung der Güter 65 % Einfuhrzoll und bei Beginn der Vermarktung 35 % Luxussteuer fällig. Bisher sind diese Abgaben nicht abgeführt worden, und TPN will über eine Verringerung der Zollbelastung verhandeln.

vgl. *Republika Online* 31.8.1996

## Sri Bintang klagt gegen den Generalstaatsanwalt

Der ehemalige PPP-Parlamentsabgeordnete Sri Bintang Pamungkas hat zum zweitenmal Klage gegen den Generalstaatsanwalt eingereicht, da es Sri Bintang nach wie verboten ist, ins Ausland zu reisen. Dieses Verbot war bereits im April 1995 nach der Rückkehr Sri Bintangs von der inkriminierten Vortragsreise in

der BRD erlassen worden. Ihm wurde vorgeworfen, in einem Vortrag an der FU Berlin den Staatspräsidenten beleidigt zu haben. In dem folgenden Verfahren war Sri Bintang im Frühsommer trotz offensichtlicher Haltlosigkeit der Anklage zu 34 Monaten Haft verurteilt worden. Das Urteil ist wegen der Berufung noch nicht

rechtskräftig. Das Ausreiseverbot wurde in einer Entscheidung vom 18.4. noch einmal für die Dauer von einem Jahr bestätigt. Neben Verfahrensfehlern wirft die Klageschrift der Generalstaatsanwaltschaft auch den Verstoß gegen die Universale Menschenrechtsklärung, v.a. gegen das Recht auf Freizügigkeit vor.

vgl. *Antara* 21.8.1996



**Der Fall TEMPO – letzter Akt**

Das Oberste Gericht hat am 13.6. in einem letztinstanzlichen Urteil die Klage des ehemaligen Chefredakteurs der Zeitschrift TEMPO, Goenawan Mohamad, gegen den Informationsminister Harmoko wegen des Verbots von TEMPO im Juni 1994 zurückgewiesen. Das Gericht erklärte den Entzug der Presselizenz (SIUPP) für rechtmäßig. Nachdem überraschenderweise in den ersten beiden Instanzen Goenawan Mohamad obsiegt hatte und Harmoko zur Wiederherstellung des Status quo ante auf-

gefordert worden war, ist man mit dem letzten Urteil wieder auf den Boden der indonesischen Tatsachen zurückgekommen. Das Urteil kam nach den Enthüllungen über Absprachen und Korruption am Obersten Gerichtshof allerdings nicht allzu unerwartet. Nachdem ehemalige Redakteure von TEMPO im Vorgriff auf das Urteil bereits im Frühjahr damit begonnen hatten, eine neue Zeitschrift TEMPO im Internet zu etablieren, erklärte Goenawan nach der Urteilsverkündung, daß er keinen Sinn mehr darin sehe,

durch juristische Mittel eine politische Veränderung zu erreichen. Er persönlich werde sich in Zukunft ganz dem politischen Kampf widmen.

In der Zwischenzeit ist es öffentlich zu Meinungsverschiedenheiten in der Regierung über ihre Haltung zu den Pressegesetzen von 1984 gekommen. Der Koordinierende Minister für Verteidigung und Sicherheit, Soesilo Soedarmanto, erklärte gegenüber der Nationalen Menschenrechtskommission, die Regierung werde ihre Haltung gegenüber den Medien überdenken und im Falle von problematischer Berichterstattung

nicht gleich zum Mittel des Verbots greifen. Anstatt dessen sollten Maßnahmen gegen den betreffenden Verleger oder Journalisten ergriffen werden. Auf diese Einlassung reagierte Informationsminister Harmoko mit der Erklärung, die Regierung habe keine Absicht, die Erlasse, die den Entzug der Presselizenz ermöglichen, zurückzuziehen. Diese Erlasse hätten Gesetzeskraft und stünden im Einklang mit geltendem Recht, erklärte er.

*vgl. Tapol Bull. No.136, AFP 23.8.96*

**Erneute Entführung in West Papua**

13 Angestellte der Holzfällerrfirma PT Kamundan Raya sind Mitte August in West Papua entführt worden. Andere Quellen nennen die Zahl von 17 Geiseln, die 60 km nördlich der Bergbaustadt Timika von einer Gruppe von 50 bewaffneten Männern aus einem Holzfällerlager entführt worden seien. Während die Angabe über die Zahl der tatsächlich Entführten schwankt, ist gesichert, daß die Entführer dem Stamm der Yogi angehören, auf deren Territorium die Firma den Holzeinschlag betreibt. Die

Forderungen der Entführer wurden durch zwei freigelassene Geiseln überbracht. In dem Brief, der mit M. Yogi unterzeichnet ist, fordern die Entführer ein Lösegeld, die Beendigung der Holzeinschlags in dem betreffenden Gebiet sowie die Vermittlung durch Tom Beanal, einem Menschenrechtsaktivisten aus Timika. Mittlerweile hat die örtliche Militärkommandantur ein Sonderkommando zur Befreiung der Geiseln gebildet, das einem Armeesprecher zufolge bereits den Aufenthaltsort der Entführten ausfindig gemacht haben soll. Dem Kommando gehörten eine Hundestaffel und Soldaten des Sondereinsatzkommandos KOPASSUS an, das bereits im Mai unter ihrem Kommandeur, dem Suharto-Schwiegersohn Prabowo Subianto, an der Befreiung der Geiseln von Mampenduma beteiligt war.

Am 31.8. berichtete die jakartaner Tageszeitung *Suara Pamburuan*, die Geiselnehmer hätten auf ihrer Flucht vor den Verfolgern neun der zwölf noch in ihrer Gewalt befindlichen Geiseln freigelassen. Die Umstände der drei restlichen Geiseln sind nicht bekannt.

Die offizielle Nachrichtenagentur Antara meldete, der

Pressesprecher des für West Papua zuständigen Regionalkommandos habe NROs der Beteiligung an der Entführung bezichtigt, da sie kurz nach einem Treffen von NRO-Vertretern in Jayapura und ihrer Rückkehr nach Timika erfolgt sei. Die gleiche Beschuldigung wurde in Jakarta auch vom Generalstabschef Feisal Tanjung erhoben. Der Direktor der Umweltschutzorganisation WALHI hat derartige Vorwürfe als Beleidigung zurückgewiesen und die Prüfung einer Klage gegen Tanjung angekündigt.

Der Gouverneur von Irian Jaya, Jacob Pattipi, äußerte sich anlässlich der neuesten Geiselnahme kritisch über die dort tätigen Unternehmen. Die Entführungen seien auf die Skrupellosigkeit der Firmen gegenüber der örtlichen Bevölkerung zurückzuführen. Auch eine staatliche Einschlagslizenz sei kein Freibrief für wilde Abholzungsaktionen. Die Unternehmen müßten mehr Rücksicht auf traditionelle Rechte der ortsansässigen Bevölkerungen nehmen. Geld allein könne die Probleme nicht lösen. Dies ist eine Anspielung auf das Angebot der Firma Freeport, die bei Timika eines der größten Kupferbergwerke der Welt betreibt. Vor kurzem hatte die Geschäftsleitung dem dort ansässigen Stamm der Amungme 1 % der Gewinne aus der Erzschürfung für Entwicklungsprojekte angeboten. Die Amungme hatten dieses Angebot jedoch abgelehnt.

*vgl. AFP 16.,17.,18.,20.8.1996, Antara 20.8.1996, Suara Pamburuan 31.8.1996*



Letzte Unruhe vor drei Monaten in Timika

Foto: Archiv